

## Resolution zur A 20

Die Bezirksversammlung Weser-Ems, Bündnis 90/Die Grünen, lehnt die weiteren Planungen und den Bau der Autobahn A20a ab. Dies gilt insbesondere auch für die Versuche der Bundesregierung, über Öffentlich-Private-Partnerschaften (so genannte ÖPP-Modelle) die Finanzierung der Autobahn A20 und der neuen Elbquerung nördlich von Stade zu sichern.

Wir kritisieren das vehemente Eintreten des niedersächsischen Wirtschafts-, Arbeits- und Verkehrsministers für diese und weitere ebenso unsinniger Straßenbauprojekte (A39, A33 Nord, E233). Wir fordern die im Koalitionsvertrag verankerten Alternativenprüfungen und die Berücksichtigung von Anforderungen an eine klima- und umweltverträgliche Verkehrspolitik ein.

Die fortwährende pauschale Behauptung, Autobahnneubau schaffe Arbeitsplätze und befördere Wirtschaftswachstum, ist falsch und widerspricht den Grundlagen einer nachhaltigen Politik, zu der sich die Koalition verpflichtet hat.

Die Erfahrungen aus den letzten 30 Jahren Autobahnbau sowie wissenschaftliche Studien belegen, dass diese immer wieder beschworenen Effekte zumeist ausbleiben. Dies erkennt inzwischen sogar das Bundesverkehrsministerium an, indem es dieses Kriterium folgerichtig aus seinem Bewertungsschema gestrichen hat.

Die A20 taugt als Ost-West-Achse weder für die Anbindung des südlichen Hafenhinterlandes der im Norden liegenden Seehäfen, noch ist sie notwendig als Transitstrecke im europäischen Netz (im TEN-T Netz taucht sie folgerichtig nicht auf).

Der Bau der A20 verschlänge laut Berechnungsgrundlage des CDU-Wirtschaftsrates mindestens vier Milliarden Euro, würde wertvolle Naturräume zerschneiden und damit einen irreparablen Schaden für Natur, Landschaft und die hier lebenden Menschen anrichten.

Die Bezirksversammlung Weser-Ems von Bündnis 90/Die Grünen spricht sich für einen verantwortungsvollen und achtsamen Umgang mit unseren Ressourcen aus und setzt sich für eine konsequente Abkehr von einer ressourcenfressenden, klimafeindlichen und wachstumsideologischen Verkehrspolitik ein. Sie erwartet von der rot-grünen Landesregierung die entsprechende Umsetzung des Koalitionsvertrages, in dem „(...) auf eine nachhaltige und damit zukunftsfähige Politik gesetzt wird, die soziale Gerechtigkeit, wirtschaftlichen Erfolg und ökologische Vernunft verbindet.“<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Erneuerung und Zusammenhalt, Nachhaltige Politik für Niedersachsen, in: Koalitionsvereinbarung 2013-2018, S. 3